

Herausforderungen für Europa in Zeiten von Krieg und Krise

Bericht zum Europapolitischen Forum am 22.03.2023



Die vielbeschworene Zeitenwende stellt die Europäische Union vor besondere Herausforderungen. Russlands Krieg gegen die Ukraine, Chinas geopolitische Ambitionen, die Energiekrise, der industriepolitische Wettbewerb der Weltregionen um Rohstoffe und Investitionen – als Antwort auf diese Herausforderungen wird vielfach ein souveränes und autonomes Europa gefordert, in dem die Mitgliedstaaten gemeinsam und koordiniert im Staatenverbund ihr Interesse in einer multipolaren Welt durchsetzen können. Wie aber lässt sich ein souveränes Europa angesichts der auch zunehmend internen Krisen gestalten? Wie tragfähig ist ein Europa, das sich zunehmend sozio-ökonomisch und im rechtsstaatlichen Diskurs voneinander entfernt?

Über die Herausforderungen für Europa in Zeiten von Krieg und Krise diskutierten auf dem diesjährigen Europapolitischen Forum von IG Metall und FES Vertreter*innen aus Gewerkschaften, Politik und Zivilgesellschaft. Im Rahmen des ersten Panels ging es um die Perspektiven Europas für eine strategische Autonomie in einer zunehmend multipolaren Welt ausloten und im zweiten Panel um die Anforderungen die Europa dafür hinsichtlich des inneren Zusammenhalts mit sich bringen muss.



In seinem Impulsvortrag referierte Prof. **Adam Tooze** von der Columbia University in New York über seine Einschätzung der Perspektiven für eine strategische Autonomie Europa. Für ihn spiegelt der Anspruch, offene strategische Autonomie für Europa zu erlangen, die Ängste und die Bedrängnisse der Trump Jahre wider. Für ihn gewinnt dieses sperrige rhetorische Konstrukt eine gewisse Logik, wenn man es in Bezug setzt zur Offenheit im Sinne der Multipolarität, denn die Autonomie bedeutet ja nicht Autarkie, sondern

die Möglichkeit, seine Partner zu wählen. Allzu oft werden im Aktionismus der heutigen Zeit Fragen der politischen Ökonomie und der Demokratie verdrängt. In den Krisen der Vergangenheit fielen milliardenschwere Entscheidungen nur mit dem Blick auf unternehmerische Interessen. Die offene strategische Autonomie als europäisches Projekt, sollte aber auch ein demokratisches Projekt sein, unter den Bedingungen der Mitbestimmung.

Putins Invasion erteilte Europa die harte Lektion, dass in einer multipolaren Welt auch andere die Umgangsformen bestimmen können, dass nicht nur der Westen sich seine Kriege aussuchen kann und dass die Gewalt anderer, den eigenen Freiraum und die eigene Handlungsfähigkeit bestimmen. Europa wurde zu schlagartigen Umstellungen und zu Notmaßnahmen verschiedener Art gezwungen. Die russische Aggression wirft jedoch – so **Adam Tooze** - keine fundamentalen Zielkonflikte auf, zumindest nicht auf mittelfristige Sicht. Im Gegenteil: Sicherheitspolitische, wirtschaftspolitische, energiepolitische und klimapolitische Überlegungen drängen Europa in eine Richtung. Ganz anders liegt das im Fall des anderen möglichen Krieges, der 2022 in Sicht geraten ist. Nämlich die Auseinandersetzung zwischen China und den USA in Ostasien, vor allem über Taiwan. Dieses Risiko darf nicht unterschätzt werden. In Washington redet man unentwegt darüber, nicht nur über Wettbewerb und Rivalität, sondern über einen Krieg mit China, eine direkte militärische Auseinandersetzung, unmittelbar und offen. Es gibt viele, auch an den entscheidenden Stellen im amerikanischen Militär, für die es nicht mehr eine Frage des Ob, sondern des Wann ist!

Nun hat Europa natürlich gegenüber China seine eigenen Vorbehalte und Interessen. Man denke an die Menschenrechtssituation, Chinas ungeheuer aggressive Industriepolitik u.v.m. Aus Sicht von **Adam Tooze** entscheidet sich die Frage einer offenen strategischen Autonomie heute nicht mehr abstrakt, sondern konkret in den Beziehungen zu China und der Dreiecksbeziehung Europa, China, USA. Man sollte sich bei den USA keinen Illusionen hingeben: Amerika sperrt sich gegen eine multipolare Welt. Offen und unverfroren beanspruchen sie für sich die Dominanz als zentraler Hegemon. Wenn es mit der Unipolarität unausweichlich vorbei ist, setzt Washington auf eine Blockbildung unter seiner eigenen Führung. Mit der Europäischen Strategie einer offenen Autonomie wird es dann schwierig, schlussfolgerte **Adam Tooze**.

Er warnt davor die Intentionalität amerikanischen Handelns zu unterschätzen. Es gibt im Weißen House gesamte Teams, die daran arbeiten. Man möchte das angesichts des Inflation Reduction Act (IRA) nicht glauben, aber der IRA ist Politik des Kongresses, nicht der Regierung. Die amerikanische „Umarmung“ seiner Partner hat militärische (NATOs Hinwendung nach Asien), technische (Mobilisierung von Südkorea und den Niederlanden im Chip Krieg), und energie- und klimapolitische Dimensionen (der Besuch von Ursula von der Leyens im Weißen Haus am 10. März, der Abschluss des Aluminium- und Stahldeals bis Ende Oktober, die Reform der Weltbank etc.). Punkt für Punkt ergibt dies das strategische Bild einer gemeinsamen Blockbildung, die gegen China gerichtet ist.



Das handfeste Dilemma für Europa ist: Von Russland kann man sich auch mit Gewinn abkoppeln, von China nicht. Das wird deutlich am Beispiel der Energietechnik: Von den 1,1 Billionen Dollar, die laut der Bloomberg New Energy Foundation im letzten Jahr an Ausgaben für die Energiewende weltweit aufgewendet wurden, wurden 140 Milliarden in den USA, 180 Milliarden Euro in Europa und 550 Milliarden in China verausgabt. Das heißt, die Hälfte aller Ausgaben weltweit für die Energiewende, das Dreifache der großen westlichen Blöcke. Und der IRA wird an dieser Größenordnung nichts ändern. Die Dynamik der Energiewende, die Zukunft der metallverarbeitenden Branche sei es im Maschinenbau, Fahrzeugbau oder eben auch in der Elektrotechnik, die Zukunft, die in diesen Branchen gestaltet wird, wird de facto von China bestimmt. Also der aufsteigenden Macht, von der die USA verlangen, dass Europa sich entkoppeln muss.

Aus Brüssel kam als Antwort auf den IRA der „Zero Industry Act“. **Adam Tooze** sah diesen allerdings eher als ein Ausdruck von Hilflosigkeit gegenüber den massiven Herausforderungen, als einen Wunschzettel, in dem zwar das Ziel einer 40-prozentigen Autonomie vorgegeben wird, quasi ein „Regelwerk über ein Regelwerk“, aber kein konkreter Ansatz für eine strategische Autonomie formuliert wird. Er verglich die derzeitige Situation mit den 80er Jahren und der Zeit des Nato-Doppelbeschlusses. Jetzt den USA zu erklären, dass man bereit ist, einen bestimmten Weg mit ihnen zu gehen, aber nur bis zu einem bestimmten Punkt, würde bereits einen Bruch implizieren. Aber je länger man damit zögert, desto schwerwiegender kommt der ultimative Bruch.

Zum Schluss seines Impulses betonte er noch einmal die Dramatik dieser Entwicklung, ihn hat die Stimmung in Washington in den letzten 6 Monaten zutiefst beunruhigt. Dort ist man überzeugt, dass es tatsächlich zu einem Krieg kommt und sein Gefühl ist, dass Europa nicht wahrnimmt, wie ernsthaft dieser Umschwung auf Seiten Amerikas ist.



In der folgenden Paneldiskussion geklagte **Philipp Steinberg**, Leiter der Abteilung Wirtschaft, Stabilisierung, Energiesicherheit im BMWK, dass er derzeit schwierige Entscheidungen umsetzen muss, z.B. werden Kohlekraftwerke wieder angeschmissen, sogar Atomkraftwerke konnten länger laufen. Alles Sachen, die die Bundesregierung eigentlich nicht machen wollte. Aber das ist immer noch besser als die Alternative, der Gas-handel mit Russland. Er betonte, dass strategische Autonomie natürlich mehr als der Net Zero Industrial Act der EU ist. Es gibt darüber hinaus den Critical Materials Act, eine neue Industriestrategie, das Programm Next Generation EU. Handelsschutzinstrumente und das Investment Screening wurden massiv verstärkt, zudem diversifiziert auch die EU ihre Energieversorgung und beschleunigt massiv den Ausbau der Erneuerbaren.

Auf die These von Adam Tooze eingehend, stimmte er zu, dass eine Blockbildung klar zu erkennen ist. Die Bundesregierung hat im Vorfeld hinsichtlich Russland wirklich schon sehr viel mitgemacht, nicht nur North Stream 2 gestoppt. Gerade machen die deutschen Sozialdemokraten einen schmerzvollen Lernprozess durch, in dem sie feststellen, dass Ostpolitik vielleicht ein bisschen differenzierter sein muss, als nur alles gut zu finden, was aus Russland kommt. Auch die neue China-Strategie, die gerade entwickelt wird, wird sicher viel kritischer sein, als vorher.

Schwierig fand **Philipp Steinberg** die These von Adam Tooze, dass Deutschland und Europa alle irgendwie nur Objekte von Politiken aus Washington sind. Er bestand darauf, dass Deutschland und Europa auch Subjekte sind und nicht nur Spielball amerikanischer Interessen. Richtig ist, dass 99 Prozent unserer Materialien für Solarzellen aus China kommen, deswegen gibt es den Critical Raw Material Act der EU. Ziel ist es die Abhängigkeit zu reduzieren und wenn wir in 10 Jahren durch Diversifizierung,

heimische Ressourcen, Recycling, zirkuläre Wirtschaft diese Abhängigkeit um 30 Prozent auf 60 oder 70 Prozent reduziert bekommen, sind wir nach seiner Auffassung schon sehr gut.

Susanne Wixforth, stv. Abteilungsleiterin Wirtschaftspolitik der Arbeitskammer Wien stellte fest, dass die Notwendigkeit einer Europa Strategie und der Formulierung eigener Interessen zwar bereits formuliert wurde, aber die EU in diesem Punkt erst ganz am Anfang steht und es sehr viele Probleme gibt, weil die Mitgliedsstaaten untereinander ganz unterschiedlich handeln. Deutschland hat den „Doppel-Wumms“ mit 360 Mrd. gemacht, daraufhin hat Frankreich nachgezogen und bei Italien waren es 40 Mrd. Aus ihrer Sicht ist die Wende zu einer europäischen Strategie sehr wichtig, wir sollten uns nicht gegenseitig in Konkurrenz ausboten. Als ein negatives Beispiel nannte sie das Beispiel Solarzellen. Eine katastrophale Entwicklung, an die sie sich gut erinnern, weil sie zu der Zeit in der Europäischen Kommission gearbeitet hatte. Damals wurden gerade die Solarzellproduktion in Deutschland massiv gefördert, vor allem im sächsischen Raum. Das hat man dann einfach fallen lassen, weil man gesagt hat, dass es eigentlich viel günstiger ist, dies in China zu produzieren, weil da die Kosten der Rohstoffbeschaffung externalisiert werden konnten. Die Ergebnisse sind bekannt, die Solarzellenproduktion in Deutschland ist zusammengebrochen. Jetzt sind wir voll abhängig von China



Thorben Albrecht, Bereichsleiter Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik in der IG Metall ergänzte, dass, wenn Europa jetzt Zahlen definiert, noch kein Problem gelöst ist. Das ist zwar richtig, denn auch China hat am Anfang definiert „im Jahr X wollen wir einen Weltmarktanteil von Y haben“. Aber man muss dann auch Sektoren definieren, die Schlüsseltechnologien in der Zukunft sein sollen, und die haben vor allem mit der digitalen und grünen Transformation zu tun. Darüber hinaus ist eine echte europäische Industriestrategie und eine Industriepolitik dringend erforderlich. Eine, in der der Staat eine Rolle spielt und auch bestimmte Investitionen mit anschiebt. Natürlich darf dabei die Privatwirtschaft nicht aus der Pflicht entlassen werden.

Was die öffentlichen Investitionen betrifft, gibt es nach seiner Einschätzung einen nicht bis zum Ende auflösbaren Widerspruch, der darin besteht, welche Rolle den Nationalstaaten in Europa und welche Rolle der EU dabei zukommt. Natürlich setzt sich die IG Metall in Deutschland, wo es große finanzielle Möglichkeiten gibt, auch für hohe Investitionen ein, selbst wenn der Bundesfinanzminister dies vielleicht infrage stellt. Trotzdem muss man auch gemeinsam europäisches Geld in die Hand nehmen, weil ein großes Land wie Deutschland es nicht alleine machen kann und es auch nicht sollte. Zudem betonte er den Punkt der sozialen Konditionalität. Hier gibt es bisher aber eine Leerstelle im europäischen Programm. Er unterstrich die Notwendigkeit diese Chance zu nützen, weil neue Industrien sind nicht per se und von selbst tarifgebunden und mitbestimmt sind und verwies auf die neue Tesla-Fabrik vor den Toren Berlins.

Nach der mehr außenwirtschaftlichen und außenpolitische Sicht des ersten Panels richtete das zweite den Blick mehr nach innen, auf Ungleichheit, soziale Krisen, Rechtspopulismus und die Frage, ob angesichts der Krisen eine neue Zerrissenheit in Europa erkennbar wird. In ihrem Impuls ging **Dr. Anke Hassel**, Professorin für Public Policy an der Hertie School of Governance zunächst auf die Veränderungen der ökonomischen Situation ein. Vor drei Jahren noch stand die soziale Krise in Europa ganz unter dem Eindruck der Finanzkrise und der Staatsschuldenkrise in Südeuropa. Im Vordergrund stand die Dynamik der Nord-Süd-Spannung in der EU. Seit drei Jahren sind wir jedoch in einem neuen Modus, dem der

„Polykrise“. Seit 2020 geht es um die Folgen der Corona-Pandemie, abgelöst durch eine Inflationskrise, die wiederum mit der Unterbrechung von Lieferketten und dabei vor allem mit der Situation in China zu tun hat; dann ließ der Ukraine-Krieg die Energiepreise explodieren und die Inflation wurde weiter angeheizt. Hinzu kommt noch die Klimakrise als der nächste große Krisen-Modus. All diese Krisen haben massive Folgen für soziale Ungleichheit. Im dritten Jahr des Reallohnverlustes bei den Beschäftigten explodieren gleichzeitig in einigen Sektoren die Unternehmensgewinne. Bei den Beschäftigten herrscht eine starke Arbeitsplatzunsicherheit. Noch gibt es wenig verlässliche Daten über die Verteilungsfolgen der Pandemie, aber es ist erkennbar, dass junge Menschen wie auch Frauen stärker betroffen sind. **Anke Hassel** stellte die These auf, dass die Polykrise einen neuen Mechanismus der Aushandlung von sozialer Ungleichheit hervorbringt. Es gibt zunehmend mehr Eingriffe des Staates, wie das Beispiel der Kurzarbeit zeigt, auch EU-weit durch das SURE-Programm. Beides in allerdings zu Lasten der Lohnentwicklung. Um die Krise abzufedern wurden Preisbremsen für Gas und für Strom geschaffen, Unternehmensbeihilfen und Subventionen eingeführt, in Deutschland gab es Ansätze eine „konzertierte Aktion“ von Staat, Gewerkschaften und Unternehmen. Die EU reagierte mit Programmen wie NextGenerationEU. Als Antwort auf den US-amerikanischen IRA wurde der europäische Green Deal um den Net-Zero Industry Act und den EU Sovereignty Fund ergänzt. Auch wenn die Auswirkungen der Polykrise auf die Ungleichheit noch nicht in allen Facetten erfasst werden kann, sah **Anke Hassel** unter dem Strich doch die derzeitige Krisenreaktion der EU, die geprägt ist von den Erfahrungen der Auswirkungen der Finanzkrise in Südeuropa, positiv. Die EU ist nicht an der Krisenbewältigung gescheitert, sie hat zusammengefunden, ist heute integrierter als zuvor.



Im nächsten Abschnitt ihres Impulses präsentierte **Anke Hassel** eine Reihe von Grafiken, die zum Verständnis für das Ansteigen des Populismus in Europa wichtig sind. Schaut man sich die Entwicklung des BIP pro Kopf in vier Regionen in Europa – Nord-, West-, Ost-, Süd-Europa – an, so erkennt man ein nur geringes Wachstum in Nord- und Westeuropa, ein langsam steigende Konvergenz, ein Aufholen in Ost-Europa aber auch deutlich die Stagnation in Süd-Europa. Diese Auseinanderentwicklung zeigt sich auch, wenn man sich die Entwicklung beim politischen Vertrauen, dem Vertrauen in nationale Parlament und das EU-Parlament anschaut. Während es im Norden und Westen relativ homogen bleibt, stürzt es in Südeuropa ab. Osteuropa hatte schon immer niedrige Werte beim Vertrauen in politische Institutionen. Differenziert man diese Bild noch in den Bewertungen in städtischen und in ländlichen Gebieten, so sieht man, dass insbesondere im ländlichen Raum das Vertrauen sinkt. Sie mahnte, die geographische Verteilung beim Vertrauen in Institutionen, die Spaltung zwischen Stadt und Land sehr ernst zu nehmen. Bei der Analyse der Einkommensverteilung zeigt sich, dass die Spaltung besonders bei den niedrigen Einkommen greift. Schaut man sich nun die Entwicklung bei der Unterstützung rechts- oder links-populistischer Extreme in den geographischen Regionen an, so wird deutlich, dass Rechtspopulismus tendenziell stärker in Nord und Osteuropa steigt, Links-Populismus eher in Süd-Europa. Differenziert man nach Einkommensquintilen zeigt sich, dass in den untere Einkommen eher Linkspopulisten und bei den reichsten 20 Prozent eher Rechtspopulisten Zuspruch finden. In der Mittelschicht sind die Zahlen ausgeglichen. In der Stadt-Land-Betrachtung ist der Zuspruch in Großstädten stärker im linken Spektrum und im ländlichen Raum stärker im rechten Spektrum zu finden. Für **Anke Hassel** ist der Zusammenhang zwischen sozialer Krise und dem Erstarken des Populismus evident. Es gibt eine zunehmende Polarisierung zwischen Stadt und Land, zwischen den Einkommensgruppen und zwischen den europäischen Regionen.

Bei der folgenden Diskussion saßen neben **Dr. Anke Hassel** noch **Wolfgang Lemb**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, **Dr. Rolf Schmachtenberg**, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und **Wolfgang M. Schmitt**, Podcast-Moderator und Autor auf dem Podium.



Wolfgang Lemb sah die Zusammenhänge von Verteilung und Rechtspopulismus ganz klar. Auch wenn die Gewerkschaften, wie die IG Metall versuchen gute Tarifabschlüssen zu erkämpfen, so bleiben dies bei anhaltender Inflation doch meist unter einem Reallohnzuwachs. Auch der aktuelle, gute Tarifabschluss ändert nichts an der sozialen Schieflage. Der Anteil an ärmeren Bevölkerungsgruppen wächst, auch in Europa klappt die Schere immer weiter auseinander. Er machte sich Sorgen, ob die ganzen EU-Programme, die ja in der Regel national ko-finanziert werden müssen, in der praktischen Umsetzung so auch funktionieren können. Wenn Staaten, insbesondere im Süden Europas, diese Mittel nicht haben, wächst die Spaltung weiter.

Nach Auffassung von **Rolf Schmachtenberg** hat sein Ministeriums die Schieflage in Deutschland gut eingehegt. Ja, es gibt Realeinkommensverluste, aber umso wichtiger sind die Tarifverhandlungen. Nur leider ist in Deutschland die Tarifbindung, auch im europäischen Vergleich, sehr niedrig. Wichtig ist eine klare Auseinandersetzung mit den Problemen, sonst funktioniert der Sozialstaat nicht. Als ein gelungenes Beispiel schneller Reaktion nannte er die 3.000,- Euro Inflationsausgleichsprämie, die von der Bundesregierung im Oktober 2022 beschlossen wurde. Trotzdem ist bei vielen Menschen das Gerechtigkeitsgefühl gestört, Beispiel „Heizungs-Gerechtigkeit“, das ist zwar eine brisante Gemengelage, aber er war zuversichtlich, dass die Regierung mit ihrer Klimapolitik hier Schwung bringt. Insgesamt ist die Beschäftigung stabil, im Gegenteil es herrscht Arbeitskräftemangel.



Wolfgang M. Schmitt erläuterte, dass das Motto seines Podcasts „Wohlstand für alle“ den alten CDU-Slogan zwar aufgreife, aber politisch ganz anders interpretiert. Er spricht eine überwiegend junges Publikum an und will kritisch hinterfragen, wieso trotz all der schrecklichen Zahlen und Statistiken zur Wirtschaft und zur sozialen Schieflage, die Gewinnmargen weiter steigen. Die 16-20-Jährigen, die eh keine besonders starke Bindung zur EU haben, sind desillusioniert. Derzeit beschäftigt sie der Ukraine -Krieg, aber wenn der endet, dann wird wieder mehr Materielles im Fokus stehen, dann werden sie sich noch mehr abwenden. Sein Podcast räumt mit dem Mythos „Wohlstand für alle“ auf. Der gilt nur für wenigen. Früher gab es ein Aufstiegsversprechen, wer heute in die Schulen schaut, erfährt, dass nur sehr wenige noch glauben, dass es ihnen mal besser gehen wird, als ihren Eltern.

Anke Hassel wiederholte ihre Analyse, dass der Konvergenzmotor Europa weiterhin funktioniert. Die Reallohnverluste sind im Westen höher als im Osten. Die Problemregion heute ist Südeuropa, wo für so wichtige EU-Gründungsmitglieder wie Spanien und Italien gerade durch die Energiekrise stark betroffen sind. Hier hat die Erfahrung mit der Finanzkrise die Weichen gestellt. Grundsätzlich ist die Bereitschaft Südeuropa unter die Arme zu greifen da. Und wo Staaten keinen fiskalischen Raum haben, um an den Programmen teilzuhaben, werden Lösungen gesucht.





Rolf Schmachtenberg verwies auf den Paradigmenwechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Anfang der 90er Jahre galt noch, dass der Markt alles regelt und in der Globalisierung Eigentumsrechte gewährleistet und ökonomisch effizient sind. Der Ukraine-Krieg hat gezeigt, dass diese Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft „vulnerabel“ geworden ist. Griechenland war das Versuchskaninchen, daraus haben wir gelernt, dass wir mehr Solidarität über müssen.

Und die EU ist dabei erfolgreich. Die Mittel aus NextGenerationEU sind schnell geflossen. Aus dem SURE Programm, sind von 100 Mrd. Euro in kurzer Zeit 98,4 Mrd. Euro an 19 Mitgliedstaaten ausgezahlt worden, mit 27,4 Prozent ein Großteil an Italien, 21,3 Prozent an Spanien und 11,2 Prozent an Polen.

Wolfgang Lemb teilte im Prinzip den optimistischen Blick was die Lerneffekte angeht, insbesondere die gemeinsame Schuldenfinanzierung. Aber wie zuvor Wolfgang M. Schmitt macht auch er sich Sorgen, ob das auf Dauer so bleibt oder letztendlich die neoliberalen Kräfte, wie Bundesfinanzminister Lindner sagen werden, dass das war ein Ausnahme war und man jetzt auf den Pfad der Tugend zurückwill, sprich zu Austeritätsprogrammen. Nur wenn sich die Erkenntnis durchsetzt, dass die Krisen, vor allem die Klimakrise auf Jahrzehnte hin eine große Bedrohung bleiben, die ein gemeinsames Handeln erfordern, nur dann kann aus seiner Sicht Europa die Bewältigung dieser Mammutaufgaben gelingen.



Wolfgang M. Schmitt warf ein, dass nach Pandemie, Lockdowns und den höheren Staatsausgaben es jetzt schnell wieder zu einer neuen Austeritätspolitik kommen kann. Diesmal aber mit einer neuen Story, die erklärt, dass alle wegen der Klimakrise sparen und Verzicht üben müssen. Für **Wolfgang Lemb** hatte dies viel mit der Debatte um die Schuldenbremse zu tun. Hier ist die Gewerkschaftsposition klar: Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse und somit eine Zukunftsbremse. Zwar gibt es neue Schuldenberge, die abgetragen werden müssen, aber es gibt ja auch neue „Reichtumsberge“. Es stellt sich also die Verteilungsfrage. **Rolf Schmachtenberg** hielt die These der „Polykrisen“ für richtig. Trotzdem stellt sich die Frage der Finanzierung. Schulden entsprechen Guthaben und wenn man hinschaut, wo die Guthaben sind, dann muss man auch über Steuern reden. **Anke Hassel** fand, die Frage der Finanzierung hängt davon ab, was man als Wohlstandverluste sieht. Es gibt einen riesigen Investitionstau in der öffentlichen Infrastruktur. Dieser hat eine unmittelbare Auswirkung auf unser Wohlstandsniveau. Je nachdem wie die politische Debatte läuft, kann man auch die Finanzierung hinbekommen. **Rolf Schmachtenberg** empfahl – etwas schmunzelnd – mal die Reden von Bundeskanzler Scholz zu lesen. Faktisch geht die Regierung nach dem Missionsansatz von Mariana Mazzucato vor (Anm.: Mission: Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft, Campus Verlag 2021) und nennt als Beispiel die Bemühungen bei den bestehenden Genehmigungsstaus die Verfahren zu beschleunigen.

Im weitere drehte sich die Diskussion, bei der sich dann auch Teilnehmende aus dem Publikum beteiligten, um Fragen der Stakeholder-Beteiligung im Prozess der Ausformulierung von Maßnahmen, um die Gefahr eines Rechtsrucks bei Wahlen bzw. die Perspektiven mit einem republikanischen US-Präsidenten ab 2025. Kulturelle Faktoren wurden diskutiert, die Einstellungen von Menschen in ländlichen Gebieten beeinflussen und tendenziell eine Basis für rechtspopulistische Kräfte bieten. Ein wiederkehrender Aspekt war der einer neuen Mobilität, die Rolle von Elektroautos, mehr ÖPNV und

Im weitere drehte sich die Diskussion, bei der sich dann auch Teilnehmende aus dem Publikum beteiligten, um Fragen der Stakeholder-Beteiligung im Prozess der Ausformulierung von Maßnahmen, um die Gefahr eines Rechtsrucks bei Wahlen bzw. die Perspektiven mit einem republikanischen US-Präsidenten ab 2025. Kulturelle Faktoren wurden diskutiert, die Einstellungen von Menschen in ländlichen Gebieten beeinflussen und tendenziell eine Basis für rechtspopulistische Kräfte bieten. Ein wiederkehrender Aspekt war der einer neuen Mobilität, die Rolle von Elektroautos, mehr ÖPNV und

Modellprojekten. Letztlich ist wichtig, dass progressive Kräfte die Diskurshoheit über Lebensträume gewinnen, denn wenn es keine glaubwürdigen Zukunftsszenarien gibt, wird sich niemand ändern.



Wolfgang Lemb unterstrich in seinem Fazit zum diesjährigen europapolitischen Forum dessen Relevanz. Zwar kann man die Debatte in einer solchen Veranstaltung nicht zu Ende führen, aber man kann doch Akzente setzen. Vor allem nach dem Impuls von Adam Tooze zum ersten Panel war eine gewisse Erschrockenheit ob des geschilderten Ernstes der Lage zu spüren. Die Rolle Europas in der heutigen Weltlage muss neu überdacht werden. Auch der Input von Anke Hassel zur inneren Zerrissenheit der EU gab viel Stoff zum Denken und Diskutieren und zeigte, dass es eben auch wichtig ist auf nationaler Ebene die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Themen zu führen. Europa steht vor gewaltigen Herausforderungen: Migration, Krieg und Frieden, Entwicklung, Wirtschaftswachstum, und damit verbunden die soziale Frage der Verteilung des Wohlstandes. Er gab das Beispiel einer Batteriezellenfabrik, die ein deutsches Unternehmen in Kanada errichten will und dort dafür zu 80 Prozent der Investitionssumme staatliche Unterstützung bekommt, dazu einen Garantiepriest für Industriestrom für 4 Cent auf 30 Jahre. Vergleicht man das mit den Bedingungen in der EU, liegen dazwischen Welten. Das wird auch neue Weichenstellungen in der EU erfordern. Als Forderung nannte er z.B. eine Lockerung der Beihilferichtlinien.

Heute, kurz nachdem die EU 30 Jahre Binnenmarkt gefeiert hat, bleibt die soziale Frage in der EU weiterhin zu wenig beachtet. Es gibt zwar die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes, **Wolfgang Lemb** vermisste aber immer noch eine deutliche Entwicklung der europäischen Säule sozialer Rechte. Da momentan niemand die europäischen Verträge ändern will, muss man seiner Meinung nach zunächst praktisch andere Wege gehen, in den jeweiligen Ländern Lösungen suchen und gleichzeitig langfristig die EU-Ebene entwickeln. Hier gibt es zwar schon positive Elemente, aber es gibt auch solche, die man sehr kritisch im Blick haben sollte. Er nannte an dieser Stelle das geplante „Single Market Emergency Instrument“, einen Rechtsvorschlag für Gegenmaßnahmen bei Krisen, um den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen sicherzustellen. Dieser würde zu Lasten der Beschäftigten gehen, in dem Vorschlag sollen Tariffreiheit, Streikrecht und andere soziale Bestimmungen eingeschränkt werden. Das können die Gewerkschaften nicht akzeptieren. Die Spannungen in sozialen Frage der EU werden sich auch die nächsten Jahre nicht auflösen. Die Frage der politischen Akzeptanz der Grundlegeregeln und die Frage, wer bekommt in Zukunft welche Mehrheiten machen es nicht einfacher. Daran hängen wesentliche Fragen der Zukunft der EU. Und was das Gefahrenpotential von außen angeht, siehe der Impuls von Adam Tooze, so ist dieses auch sehr massiv. Sein Fazit: es war eine spannende, erkenntnisbringende Konferenz und die IG Metall und die FES werden die Reihe der gemeinsamen europapolitischen Foren weiterführen.

Alle Fotos von Mark Bollhorst

